

Parlamentarische Initiative (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, SVP-Fraktion) "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz", vorläufige Unterstützung

Beschluss; Parlamentsbüro

Initiativtext

Antrag

Die Gemeindeordnung wird um zwei Artikel zum Haushaltsausgleich ergänzt:

Art. 67a Haushaltsausgleich (neu)

- ¹ Der Finanzhaushalt muss auf Dauer im Gleichgewicht sein.
- ² Der Gemeinderat und das Parlament dürfen im Durchschnitt von drei Jahren kein Defizit im Budget der Erfolgsrechnung beschliessen oder beantragen, soweit der Bilanzüberschuss nicht mindestens zwei Steuerzehntel beträgt. Das Parlament kann eine höhere Limite vorsehen. Ein Defizit in den drei entsprechenden Rechnungsabschlüssen muss ab dem übernächsten Budgetjahr bis innerhalb dreier Jahre kompensiert werden.
- ³ Der Selbstfinanzierungsgrad muss mindestens 80 Prozent betragen. Der Gemeinderat weist jährlich die detaillierte Investitionsplanung aus, die die Investitionen für die kommenden Finanzplanjahre priorisiert.
- ⁴ Das Parlament kann in ausserordentlichen Situationen mit einem Mehr von 2/3 seiner Mitglieder eine Ausnahme von den Vorgaben nach Absatz 2 und 3 beschliessen. Die Abweichungen müssen mittelfristig kompensiert werden.
- ⁵ Der Gemeinderat schafft die notwendigen Controlling- und Risikomanagementsysteme, um die Einhaltung der Vorgaben zu gewährleisten und jährlich nachzuweisen. Das Parlament regelt die weiteren zum Vollzug nötigen Ausführungsbestimmungen in einem Reglement.

Art. 81a Übergangsrecht Haushaltsausgleich (neu)

- ¹ Der Selbstfinanzierungsgrad muss innert 10 Jahren an das Minimalziel nach Artikel 67a Absatz 3 herangeführt werden.
- ² Der Gemeinderat legt dem Parlament den Entwurf für das Reglement nach Artikel 67a Absatz 5 bis spätestens ein Jahr nach Annahme von Artikel 67a durch die Stimmberechtigten vor.

Begründung

Köniz weist eine sehr hohe Verschuldung auf. Im Kanton Bern erreichte Köniz im Jahr 2022 den unrühmlichen fünften Platz aller Gemeinden mit 3'182 Franken Nettoschulden pro Einwohner (gesamthaft rund 133 Mio. Fr.). Dies bedeutet gleichzeitig hohe Zinsausgaben.

Die finanziellen Probleme akzentuierten sich im Jahr 2022. Die Gemeinde erreichte die kantonalen Grenzen und es drohte – ohne Steuererhöhung – eine Intervention des Kantons. Im Rahmen der Debatten über die Steuererhöhung hat das Parlament deshalb als weitere Massnahme die Motion 2204 überwiesen, die die Erarbeitung einer «Schuldenbremse» vorsah. Die Überweisung dieses Vorstosses wurde im Rahmen der Volksabstimmung über die Steuererhöhung auch den Stimmberechtigten zur Kenntnis gebracht.

Der Begriff der «Schuldenbremse» referenziert auf entsprechende Instrumente auf Bundes- und kantonaler Ebene. Solche finanzpolitischen Instrumente – international auch «Fiskalregeln» genannt – sind auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe festgeschrieben und sehen verbindliche Regeln für die Führung des Finanzhaushalts vor. Fiskalregeln zählen spätestens seit der Staatsschuldenkrise vor gut fünfzehn Jahren zum *State of the Art* in der Finanzpolitik. Sie füh-

ren aufgrund ihrer Verbindlichkeit und Transparenz nicht nur zu einer verbesserten Finanzpolitik, sondern auch zu einer erhöhten Kreditwürdigkeit.

Der Gemeinderat hat dem Parlament zur Umsetzung der Motion 2204 am 6. Mai 2024 eine Finanzstrategie vorgelegt. Die unterzeichnenden Fraktionen sehen mit dieser Strategie weder die notwendige rechtliche Bindung noch die erforderliche materielle Ausdifferenzierung für die Erfüllung der Motion als gegeben. Mit vorliegender parlamentarischer Initiative konkretisieren sie den Auftrag und formulieren die Grundsätze in Form einer Revision der Gemeindeordnung. Dies ermöglicht dem Parlament, das Heft nun selbst in die Hand zu nehmen. Es wird dem vorbereitenden Gremium obliegen, den vorgeschlagenen Artikel bei Bedarf weiter auszuarbeiten.

Umschreibung der Ziele:

Art. 67a Abs. 1

Die zentralen Steuerungsinstrumente des Finanzhaushalts sind Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz. Für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt müssen sich diese auf Dauer im Gleichgewicht befinden.

Art. 67a Abs. 2 (Regel für die Erfolgsrechnung)

Ein dauerhafter Ausgleich erfordert, dass keine systematischen Defizite in der Erfolgsrechnung entstehen (sog. «golden rule»). Dies entspricht auch der Anforderung von Artikel 73 Absatz 2 Gemeindegesetz des Kantons Bern. Die kantonalen Vorgaben greifen indessen erst, wenn der Bilanzüberschuss aufgebraucht ist – gleichzeitig wie auch Interventionen des Kantons erfolgen (Art. 74 ff. Gemeindegesetz). Mit der Ausgleichsregel wird erreicht, dass die Gemeinde jederzeit handlungsfähig bleibt und eine autonome Finanzpolitik verfolgt.

Da die Ausgaben unter Umständen nicht gleichmässig über die Jahre anfallen, ist eine gewisse Flexibilität notwendig. Statt einem strikten jährlichen Ausgleich wird deshalb eine Kaskade vorgeschlagen: Übersteigt die Reserve zwei Steuerzehntel, kann vom Haushaltsausgleich massvoll abgewichen werden. Liegt diese unter zwei Steuerzehntel, muss ein Ausgleich über drei Jahre erreicht werden (zwei Rechnungsjahre und das Budgetjahr). Zwei Steuerzehntel entsprechen derzeit ca. 16 Millionen Franken. Berücksichtigt werden muss auch die finanzpolitische Reserve. Ab Unterschreiten der Grenze müssen Defizite im Durchschnitt der drei Rechnungsabschlüsse in den Folgejahren kompensiert werden.

Die weit gefasste Budgetausgleichsregel belässt den politischen Organen die Wahl der Massnahmen, die bei einem Ungleichgewicht ergriffen werden müssen. Möglich sind Massnahmen auf der Ausgaben- oder Einnahmenseite bzw. eine Kombination davon.

Art. 67a Abs. 3 und Art. 81a Abs. 1 (Regel für die Investitionsrechnung)

Der Ausgleich der Erfolgsrechnung bewahrt ein Gemeinwesen noch nicht vor einem Anstieg der Verschuldung. Diese steigt auch an, wenn die Investitionen nicht über eigene Mittel finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, welcher Anteil der Nettoinvestitionen aus eigenen Mitteln finanziert wird. Das Handbuch HRM2 sieht vor, dass in konjunkturell guten Zeiten ein Selbstfinanzierungsgrad von höher als 100 Prozent angestrebt wird. In konjunkturell normalen Zeiten sollte dieser 80–100 Prozent betragen. Liegt der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 Prozent, muss ein Teil der Nettoinvestitionen durch Fremdkapital oder Verwendung des Finanzvermögens finanziert werden. Damit nimmt die Verschuldung zu.

Der Selbstfinanzierungsgrad kann zwischen den Jahren stark schwanken. Deshalb stellt die Regel einerseits auf einen Minimalwert ab und andererseits muss dieser nach *Artikel 81a Absatz 1* Übergangsrecht erst nach 10 Jahren erreicht werden. Es ist zu prüfen, ob auf einen Durchschnittswert abzustellen ist oder (streng definierte) Ausnahmen vorzusehen sind.

Der Gemeinderat wird beauftragt, jährlich eine detaillierte Investitionsplanung auszuweisen, die die Investitionen priorisiert. Der Zeitraum umfasst für die Beurteilung durch die Finanzkommission acht und für das Parlament mindestens vier Finanzplanjahre.

Art. 67a Abs. 4 (Ausnahmebestimmung)

Für den Fall von ausserordentlichen Ereignissen – wie Naturereignisse oder grosse Wirtschaftskrisen – soll das Parlament mit qualifiziertem Mehr von den Vorgaben abweichen können. Solche ausserordentlichen Ereignisse müssen allerdings «Jahrhundertereignisse» darstellen, die weder vorhersehbar noch nach allgemeinem Verständnis mittelfristig über einen ordentlichen Finanzhaushalt abgedeckt werden können. Zusätzlich können darunter auch Ausga-

benschwankungen fallen, die unvorhergesehen, nicht beeinflussbar und von ausserordentlicher Tragweite sind (z.B. aufgrund kantonales FiLaG).

Art. 67a Abs. 5 und Art. 81a Absatz 2 (Umsetzung)

Die Konkretisierung der Anforderungen erfolgt auf reglementarischer Ebene. Der Entwurf für das Reglement wird durch den Gemeinderat erarbeitet und innert eines Jahres nach rechtskräftigem Beschluss des neuen Gemeindeordnungsartikels durch die Stimmberechtigten dem Parlament vorgelegt. Es ist zu prüfen, ob das Reglement dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist. Die Transparenz soll durch Controlling- und Risikomanagementsysteme unterstützt werden. Diese werden im Reglement verankert.

Eingereicht am 6.5.2024

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Fabienne Marti, Dominic Amacher, Florian Moser, Matthias Müller, Toni Eder, Katja Streiff, Andreas Hauser, Sandra Röthlisberger, Michael Gerber, Roland Akeret, Jürg Mosimann, Casimir von Arx, Kathrin Gilgen, Roland Hofer, Andrea Winzenried, Reto Zbinden, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Heidi Eberhard, Selin Lopez, Mark Kobel

Antwort des Parlamentsbüros

1. Formelle Prüfung

Das Parlamentsbüro hat die formellen Voraussetzungen der Eingabe gemäss Art. 64f Geschäftsreglement des Parlaments (GRP) am 18.6.2024 geprüft und festgestellt, dass diese erfüllt sind.

2. Vorgeschichte

Die dringliche Motion 2204 "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung" wurde am 14.2.2022 eingereicht. Das Parlament erklärte diese am 25.4.2022 mit 21 gegen 16 Stimmen erheblich. An dieser Sitzung beschloss das Parlament auch die Abstimmungsvorlage "Budget 2022 mit Anpassung der Steueranlage". Das Stimmvolk stimmte der Erhöhung der Steueranlage am 26.6.2022 zu. Die Rechnungsergebnisse der Jahre 2022 und 2023 fielen in der Folge positiv aus.

Umsetzung der Motion

Der Gemeinderat hatte den Auftrag, die Motion bis am 25.4.2024 umzusetzen. Er legte dem Parlament am 6.5.2024 seine überarbeitete Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vor und beantragte die Abschreibung der Motion. Im Vorfeld dieser Vorlage konsultierte er die Finanzkommission mehrmals. Die Rückmeldungen der Kommission auf die zur Verfügung gestellten Unterlagen waren durchwegs kritisch. Die Kommission verlangte die Umsetzung der Motion und lieferte konkrete Ziele, nach welchen die Schuldenbremse ausgestaltet werden sollte¹. Die Finanzkommission beantragte dem Parlament, die Abschreibung der Motion abzulehnen.

Das Parlament beschloss am 6.5.2024:

- die Finanzstrategie zur Kenntnis zu nehmen (1 zustimmend, 18 teilweise zustimmend, 21 ablehnend)
- die Abschreibung der Motion abzulehnen (21 für Ablehnung, 18 dagegen, 1 Enthaltung)

Der Gemeinderat beantragte am 26.6.2024 eine Verlängerung der Erfüllungsfrist bis 30.6.2025. Er begründete diese ausführlich. Er stellte dabei fest, dass das von ihm gewählte Vorgehen zur Stabilisierung des Finanzhaushalts mit einer Finanzstrategie keine Mehrheit im Parlament fand. Aufgrund der Parlamentsdebatte passte er die damals vorgelegte Finanzstrategie an (Kennzah-

¹ Vgl. Parlamentsantrag V2204 Motion "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung", S. 3

len Investitionen, Steuersatz und Bilanzüberschuss). Das Parlamentsbüro (seit 1.8.2024 zuständig für die Verlängerung der Erfüllungsfrist) stimmte der Verlängerung bis 30.6.2025 zu.

3. Vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative (PI)

Das Parlamentsbüro hat folgende Gründe für/gegen die vorläufige Unterstützung erwogen:

Gründe, für die vorläufige Unterstützung	Gründe, gegen die vorläufige Unterstützung
Der Wille des Gemeinderats, den Finanzhaushalt der Gemeinde nachhaltig im Gleichgewicht zu halten, ist mit der Finanzstrategie zwar erkennbar. Es fehlen jedoch die gesetzlich verpflichtenden Elemente, welche die Motion und nun auch die PI verlangt.	Mit der Ablehnung der Abschreibung der Motion bleibt der Auftrag des Parlaments an den Gemeinderat bestehen. Das Parlament kann auf die Erfüllung bestehen.
Es ist ungewiss, ob der Gemeinderat innert nützlicher Frist und in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Finanzkommission eine Vorlage ausarbeitet, wie sie die Motion verlangt.	Der Gemeinderat hat die Finanzstrategie aufgrund der Äusserungen in der Parlamentsdebatte angepasst. Er wird diese dem Parlament erneut zur Kenntnisnahme vorlegen. Er ist bereit, den Motionsauftrag zu erfüllen und dem Parlament eine entsprechende Regelung in der Gemeindeordnung vorzulegen. Dies im Austausch mit der Finanzkommission. In seiner Stellungnahme legt er seine Überlegungen dazu offen. Der Gemeinderat zeigt sich konstruktiv.
Der Gemeinderat hat dem Parlament am 30.3.2022 beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Mit dem Antrag auf Abschreibung der Motion schlägt der Gemeinderat 2024 nun einen anderen Weg ein und will den Motionsauftrag mit seiner eigenen Finanzstrategie und nicht mit den geforderten Instrumenten erfüllen. Damit stellt sich die Frage, ob er die Motion nun mit der nötigen Überzeugung umsetzen würde.	Das Interesse, den Finanzhaushalt nachhaltig im Gleichgewicht zu halten, ist beim Parlament und beim Gemeinderat unbestritten. Ein partizipatives Vorgehen zwischen Parlament (bzw. Finanzkommission) und Gemeinderat bei der Ausgestaltung der entsprechenden Instrumente, wäre deshalb erfolgversprechend. Alle Beteiligten müssten sich gemeinsam "an den Tisch" setzen, verhandeln und nach Lösungen suchen.
Der Kanton übt zwar eine Finanzaufsicht über die Gemeinden aus ² . Die Motion und die PI fordern jedoch ein zusätzliches gemeindeinternes Kontrollsystem. Dieses gibt für das Parlament und für den Gemeinderat einen verpflichtenden Rahmen vor.	Der Kanton beaufsichtigt die Gemeinden bei der Führung des Finanzhaushalts und interveniert, wenn dieser in Schieflage gerät.
Die parlamentarische Initiative ist das geeignete Instrument, um dem Willen der Parlamentsmehrheit Nachdruck zu verschaffen. Das Parlament übernimmt den Lead für die Ausarbeitung der Vorlage.	Mit der vorläufigen Unterstützung der PI entsteht der Verwaltungsaufwand bei der Fachstelle Parlament, welche über deutlich weniger personelle Ressourcen verfügt als die DPF. Das vorberatende Gremium müsste durch externe Fachpersonen unterstützt werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Umsetzung viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

² Art. 142 und 142 Gemeindeverordnung

4. Fazit

Der Gemeinderat hat dem Parlament am 6.5.2024 seine Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vorgelegt und gleichzeitig die Abschreibung der Motion 2204 beantragt ohne den Auftrag zu erfüllen. Dieser lautete wie folgt:

"Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament eine Vorlage zur Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung. Die Finanzkommission begleitet die Erarbeitung der Vorlage eng."

Das Parlamentsbüro befürchtet, dass der Gemeinderat den Auftrag auch in Zukunft nicht mit dem erforderlichen Engagement erfüllen würde. Für solche Fälle ist das Instrument der parlamentarischen Initiative vorgesehen. Das Parlament kann selber ein Gremium einsetzen, welches die Vorlage ausarbeitet. Es ist jedoch verpflichtet, den Gemeinderat in den Prozess einzubeziehen.

5. Stellungnahme des Gemeinderats

Der Gemeinderat kann zur parlamentarischen Initiative innert 2 Monaten Stellung nehmen (vgl. Art. 64e GRP). Das Parlamentsbüro hat ihm dazu Gelegenheit gegeben. Die Stellungnahme liegt dem Parlamentsantrag bei (Beilage). Er empfiehlt, die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative abzulehnen. Er ist bereit, den Motionsauftrag zu erfüllen und dem Parlament spätestens im Februar 2025 eine Vorlage z.H. der Stimmbevölkerung entlang der definierten Eckwerte vorzulegen. Würde die parl. Initiative vorläufig unterstützt, hätte dies zur Folge, dass zwei verschiedene Organe parallel zum selben Thema eine Volksvorlage ausarbeiten würden.

Antrag Parlamentsbüro

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die parlamentarische Initiative "Nachhaltiger Finanzhaushalt für Köniz" wird vorläufig unterstützt.
2. Sofern das Parlament die vorläufige Unterstützung erteilt, beauftragt das Parlament die Finanzkommission mit der Ausarbeitung der Vorlage zu Händen des Parlaments.

Köniz, 28.8.2024

Das Parlamentsbüro

Beilagen

- Stellungnahme Gemeinderat vom 26.6.2024



Parlamentarische Initiative "Nachhaltiger Finanzhaushalt" – Stellungnahme des Gemeinderats

Grundsätzliche Überlegungen

- Der Gemeinderat stellt fest, dass die vorliegende parlamentarische Initiative (PI) die Einführung einer Schuldenbremse in der GO in die Verantwortung des Parlaments geben möchte. Ob dies richtige Weg ist, muss das Parlament nun entscheiden. Die Vor- und Nachteile dieses Vorgehens werden vom Parlamentsbüro aus Sicht des Gemeinderats ausgewogen dargestellt.
 - Wie bereits in der Antwort auf die Motion V2204 dargelegt, ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine gesetzliche Verankerung "Ausgeglichener Finanzhaushalt" aufgrund der geltenden Bestimmungen im Kanton Bern nicht notwendig ist, da das kantonale Recht bereits Regeln kennt, welche auf Gemeindeebene die Verschuldung eindämmen.
 - Der Gemeinderat hat aber festgestellt, dass seine Argumentation im Parlament keine Mehrheit gefunden hat. Eine knappe Mehrheit des Parlaments wünscht sich eine gesetzliche Verankerung gewisser Ziele und Vorgaben in der GO. Dies nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis und ist bereit, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.
 - Aufgrund der Komplexität, des Ressourcenaufwands, des vorhandenen Fachwissens in der Verwaltung und der Wichtigkeit für Köniz würde der Gemeinderat es begrüßen, wenn er die Ausarbeitung eines Artikels "Nachhaltiger Finanzausgleich" im Rahmen der Umsetzung der Motion V2204 übernehmen kann und die PI vom Parlament nicht weiter unterstützt würde.
- ➔ Der Gemeinderat hat einen entsprechend lautenden Antrag auf Verlängerung für die Umsetzung der Motion V2204 „Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung“ für die Parlamentssitzung vom August eingereicht.
- Für den Gemeinderat sind eine griffige Finanzstrategie zusammen mit dem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) und der Legislaturplanung die wichtigen und notwendigen Führungs- und Steuerungsinstrumente, um einen stabilen Finanzhaushalt zu garantieren und langfristig im Gleichgewicht zu halten. **Dazu braucht es eine konsequente Ausrichtung aller Aktivitäten der Gemeinde entlang der gesetzten Ziele.**
 - Der Gemeinderat hat die inhaltliche Kritik an seiner Finanzstrategie, welche vom Parlament geäußert wurde, aufgenommen und die Finanzstrategie überarbeitet. Er hat namentlich eine neue Kennzahl bezüglich Investitionen aufgenommen, die Interventionsgrenze beim Steuersatz auf 1.58 gesetzt und die Interventionsgrenze beim Bilanzüberschuss auf ≥ 1 Steuerzehntel gesetzt. Er wird dem Parlament die aktualisierte Finanzstrategie erneut zur Kenntnisnahme vorlegen.
- ➔ Der Gemeinderat hat die inhaltliche Kritik an seiner Finanzstrategie aufgenommen und die Strategie überarbeitet. Er wird sie erneut dem Parlament vorlegen.

Inhaltliche Überlegungen zum neuen GO-Artikel

Die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz bleibt sehr herausfordernd und der Handlungsspielraum der Gemeinde ist begrenzt. Dies unterstrich auch VBG-Präsident und SVP-Grossrat Daniel Bichsel in einem Zeitungsartikel über die Gemeindefinanzen erst vor Kurzem wieder. Er sagt, dass rund 90 Prozent der Gemeindeausgaben gebundene Ausgaben sind, welche oft der Kanton den Gemeinden vorgibt.¹ So sind beispielsweise Lastenausgleichszahlungen im Bereich Sozialkosten pro Einwohner:in, Lastenausgleich Ergänzungsleistungen pro Einwohner:in, neue Aufgabenverteilung, ÖV oder auch Lehrpersonengehälter zu nennen. Diese Beträge sind beträchtlich und die Aufwände sind aktuell steigend, ohne dass die Gemeinde sie beeinflussen kann.

¹ Bernerzeitung: "[Den Gemeinden geht es besser als erwartet](#)", 18.06.2024



Wichtig sind aber auch zu bemerken, dass die Tätigkeiten der Gemeinde oft einen aperiodischen Charakter aufweisen, und auch stark schwanken können. Hier sind einerseits die Infrastrukturkosten zu nennen, welche eine aperiodische Struktur haben, da die Realisierung mehrere Jahre dauert und sich der Hauptteil der Ausgaben auf wenige Jahre konzentriert. So dauert beispielsweise der Bau oder die Sanierung eines Schulhauses mehrere Jahre. In den ersten Jahren ist der Ausgabenteil im Vergleich zum Gesamtbetrag aber eher gering, weil es sich um Planungskosten handelt. Zudem können die Arbeiten durch Einsparungen und weiteres verzögert werden.

Auch auf der Einnahmeseite gibt es wichtige Einnahmen, die nicht jährlich anfallen. Zu nennen sind insbesondere Einmaleffekte bei der Bewertung der Baurechte oder bei Rückerstattungen von Infrastrukturkosten, die mehrjährig vorfinanziert werden.

Wenn die finanziellen Beschränkungen zu eng sind, könnte der Gemeinde die Luft abgeschnürt und wichtige Entwicklungen gebremst werden, die mittelfristig zu besseren Einnahmen und einer besseren Finanzierbarkeit der Infrastruktur führen (bspw. Arealentwicklung). Aus Sicht des Gemeinderats muss in allen Überlegungen auch immer die Unterscheidung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen zwingend berücksichtigt werden.

Der Gemeinderat gibt daher zu bedenken, dass eine "wenn-dann"-Regel wie sie die parlamentarische Initiative vorschlägt, durch die Komplexität des Finanzhaushalts auch zu unerwünschten Effekten führen kann. Beispiele dafür sind Mehrausgaben (Provisorien) durch ungenügende Investitionstätigkeit aufgrund hoher Erwartungen an den Selbstfinanzierungsgrad, höherer Druck auf eine Steuererhöhung durch Reserve-Regeln, geringere Einnahmen aus Arealentwicklungen durch Spardruck auf die Personalkosten und den Sach- und Betriebsaufwand.

Untenstehend eine erste Einschätzung zu den vorgeschlagenen Bestimmungen und ihren Auswirkungen auf die Entwicklung der Gemeinde. Bei der Ausarbeitung des Artikels müssten weitere fachliche Abklärungen gemacht werden, da dies in der vorgegebenen Zeit nicht in aller Tiefe möglich ist. Der Gemeinderat zeigt zudem auch immer mögliche Alternativen auf, die er gerne mit der FIKO anschauen möchte.

Art. 67a Haushaltsausgleich (neu)

¹ *Der Finanzhaushalt muss auf Dauer im Gleichgewicht sein.*

- Dieses Ziel wird vom Gemeinderat unterstützt und als wichtig erachtet.

² *Der Gemeinderat und das Parlament dürfen im Durchschnitt von drei Jahren kein Defizit im Budget der Erfolgsrechnung beschliessen oder beantragen, soweit der Bilanzüberschuss nicht mindestens zwei Steuerzehntel beträgt. Das Parlament kann eine höhere Limite vorsehen. Ein Defizit in den drei entsprechenden Rechnungsabschlüssen muss ab dem übernächsten Budgetjahr bis innerhalb dreier Jahre kompensiert werden.*

- Die Höhe der Reserve müsste angeschaut werden, zwei Steuerzehntel erscheinen aber im Anbetracht der aktuellen Zahlen aus dem IAFP als sehr hoch, weil u.a. der Investitions- und Unterhaltsstau aus den vergangenen Jahren aufgeholt werden muss und kantonale Belastungen z.B. im Bereich der Lastenausgleichszahlungen stark zunehmen (zu nennen sind beispielsweise die Lastenausgleichszahlungen Lehrpersonengehälter, die 2024 wegen übergeordneten Änderungen stark ansteigen sollen). Da viele Budgetpositionen übergeordnet festgelegt werden und kurzfristig von der Gemeinde kaum beeinflusst werden können, bleibt einzig der Handlungsspielraum im Bereich der freiwilligen Leistungen. Diese fallen vom Umfang her aber weniger ins Gewicht und reichen daher nicht aus, auch wenn sie radikal abgebaut würden. Zudem scheint ein radikaler Abbau politisch schwer umsetzbar. Der Druck auf eine Steuererhöhung würde also auch bei einem neuen Abbauprogramm stark zunehmen. Das scheint dem Gemeinderat nicht im Sinn der Initiant:innen zu sein.



- ➔ Der Gemeinderat schlägt vor, wie in der aktualisierten Finanzstrategie einen Steuerzehntel als Reserve festzulegen.
- Der Gemeinderat findet es wichtig, dass nicht allfällige Defizite, sondern der Bilanzüberschuss als relevante Grösse angeschaut wird. Wie oben ausgeführt, ist eine jährliche Betrachtung unter Umständen irreführend und kann zu Fehlentwicklungen führen. Wenn mehrere Mio. kompensiert werden müssen, geht dies nur über einen Abbau der freiwilligen Leistungen (siehe oben), den Personalaufwand, Unterhalt und Reparaturen, oder aber über die Investitionen (um Zinsen zu drücken bzw. Abschreibungen und Unterhalt zu vermeiden) oder dann über die Einnahmeseite (z.B. Bussen verstärkt einzutreiben, Erhöhung Parkplatzgebühren, Erhöhung Preis Eintritte in der Badi) oder aber es braucht eine Steuererhöhung.
Wie bereits oben ausgeführt gilt es, langfristig zu denken. Sowohl Investitionen, Folgeausgaben wie auch Einnahmen sind aperiodisch. Wenn es eine Regel auf eine jährliche Sicht gibt, könnten gewollte Entwicklungen (Einnahmen durch Baurechtszinsen, Aufholen von Sanierungs- und Unterhaltsnachholbedarf, Vermeidung von Provisorien, etc.) gefährdet werden. Mit der Beschränkung, dass eine Reserve von einem Steuerzehntel bestehen bleiben muss, ist hier zudem bereits eine Schranke eingebaut, die verhindert, dass die kumulierten Defizite zu stark anwachsen und die Gemeinde vom Kanton "regiert" wird.
- Formal ist zu bemerken, dass der Absatz 2 insgesamt unklar formuliert ist und angepasst werden müsste.
- ➔ Vorschlag Gemeinderat: Es wird die Kennzahl Bilanzüberschuss verwendet, und festgeschrieben, dass diese mindestens einen Steuerzehntel betragen muss. Ausnahmen müssen von einer 2/3 Mehrheit des Parlaments beschlossen werden.

³ *Der Selbstfinanzierungsgrad muss mindestens 80 Prozent betragen. Der Gemeinderat weist jährlich die detaillierte Investitionsplanung aus, die die Investitionen für die kommenden Finanzplanjahre priorisiert.*

- Der Gemeinderat versteht, dass hier die Verschuldung im Auge behalten werden soll. Auch hier hat sich der Gemeinderat Ziele in seiner Finanzstrategie gesetzt und inhaltlich ist er einverstanden, dass dieses Ziel überwacht werden muss. Die Kennzahl, die wiederum jährlich ist, scheint ihm aber nicht zielführend zu sein. So steht beispielsweise in der Arbeitshilfe des AGR: "Diese Kennzahl kann, wie die Investitionen, von Jahr zu Jahr stark schwanken. Deshalb muss der Selbstfinanzierungsgrad über mehrere Jahre betrachtet werden."
- Der Selbstfinanzierungsgrad müsste über mehrere Jahre betrachtet werden (Vergangenheits- und Zukunftsbetrachtung). Sonst kann dies zu einer Investitionsbremse führen und damit einhergehend eine ungewollte Zunahme der Folgekosten (Schulraumprovisorien, künstliche Bauverzögerungen, etc.).
- Der Gemeinderat gibt zudem zu bedenken, dass es weitere Ziele des Parlaments gibt, die direkt mit einer erhöhten Investitionstätigkeit der Gemeinde einhergehen. Namentlich nennen möchte er das Netto-Null-Ziel für die Gemeindeverwaltung von 2035. Dieses Ziel ist für den Gemeinderat verbindlich. Bereits heute genehmigt der Gemeinderat immer wieder Zusatzkosten, beispielsweise für Solaranlage bei Schulhaus- oder Turnhallensanierungen, die für den Betrieb nicht zwingend notwendig sind aber wichtig für das Erreichen der Klima-Ziele. Hier könnte eine enge Regel zu einem Zielkonflikt führen.
- Aufgrund der überwiesenen Planungserklärung des Parlaments hat der Gemeinderat seine Finanzstrategie um die Kennzahl Investitionsanteil erweitert. Er kann sich zudem vorstellen, im IVP mit Bandbreiten zu arbeiten, welche Vorgaben für die maximale Investitionstätigkeit machen.
- ➔ Vorschlag Gemeinderat: Es wird die Kennzahl Investitionsanteil verwendet. Ausnahmen können von einer 2/3 Mehrheit beschlossen werden.



- ➔ Der Gemeinderat wird der FIKO und dem Parlament im Rahmen des Budget- und IAFP-Prozesses 2025 ff. seine Investitionspriorisierung vorlegen und das Instrument laufend entlang der Bedürfnisse des Parlaments weiterentwickeln.
- ➔ Die Ressourcen in der Verwaltung sind sehr knapp. Aber der Gemeinderat hat die Erarbeitung der Schulraumplanung priorisiert, welche dem Parlament noch in dieser Legislatur vorgelegt werden soll.

⁴ *Das Parlament kann in ausserordentlichen Situationen mit einem Mehr von 2/3 seiner Mitglieder eine Ausnahme von den Vorgaben nach Absatz 2 und 3 beschliessen. Die Abweichungen müssen mittelfristig kompensiert werden.*

- Das hängt von Absatz 2 und 3 ab. Als Mechanismus ist dies für den Gemeinderat eine Möglichkeit. Es scheint ihm aber wichtig, dass das Parlament grundsätzlich hinter den abgemachten Zielen steht und keinen ressourcenintensiven zick-zack-Kurs fährt.

⁵ *Der Gemeinderat schafft die notwendigen Controlling- und Risikomanagementsysteme, um die Einhaltung der Vorgaben zu gewährleisten und jährlich nachzuweisen. Das Parlament regelt die weiteren zum Vollzug nötigen Ausführungsbestimmungen in einem Reglement.*

- Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese heute schon bestehen. So hat Köniz einen IAFP, eine griffige Finanzstrategie, eine Legislaturplanung und ein Risikomanagement. Zusätzliche Instrumente führen zu zusätzlichem Personalaufwand, welcher wiederum zu Kosten führt. Zudem können zu viele Instrumente auch zu Zielkonflikten führen, welche kaum mehr gelöst werden können. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass Köniz eine konsequente Ausrichtung aller Aktivitäten entlang der Ziele braucht.
 - Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein zusätzliches Reglement hier nicht notwendig ist. Auch der Kanton kennt kein Gesetz zur Schuldenbremse, sondern hat nur eine Verankerung in der Verfassung (entspricht der GO auf Gemeindeebene). Die Umsetzung findet im IAFP, der Investitionspriorisierung und dem Budget sowie in der Legislaturplanung statt. Diese Bestimmungen sind übergeordnet geregelt. Der Gemeinderat gibt zudem zu Bedenken, dass die Gewaltentrennung immer eingehalten werden muss. Auch ist unnötiger bürokratischer Aufwand dringend zu vermeiden.
- ➔ Der Gemeinderat schlägt vor, dass die Bestimmungen so klar formuliert und im Vortrag klar beschrieben sind, dass sie anwendbar sind und es keinen zusätzlichen Aufwand braucht.

Art. 81a Übergangsrecht Haushaltsausgleich (neu)

¹ *Der Selbstfinanzierungsgrad muss innert 10 Jahren an das Minimalziel nach Artikel 67a Absatz 3 herangeführt werden.*

² *Der Gemeinderat legt dem Parlament den Entwurf für das Reglement nach Artikel 67a Absatz 5 bis spätestens ein Jahr nach Annahme von Artikel 67a durch die Stimmberechtigten vor.*

- Der Gemeinderat findet einen solchen Artikel in der GO unüblich. Es ist genau zu prüfen, ob es ihn wirklich braucht.
- Zu Absatz 1: Wenn Artikel 67a Absatz 3 erst nach 10 Jahren greifen soll, wäre es einfacher und klarer zu sagen, dass die Regelung erst in 10 Jahren in Kraft tritt. Bei Teilrevisionen wird das Inkrafttreten meist per Beschluss geregelt (und nicht in einem Artikel). Somit kann man vermutlich das Nötige per Beschluss regeln, und Absatz 1 ist nicht notwendig.
- Zu Absatz 2: Der Gemeinderat ist der Ansicht, ein zusätzliches Reglement sei nicht notwendig (siehe oben). Somit kann auch Absatz 2 entfallen.

Weiteres Vorgehen



- Der Gemeinderat gibt zu bedenken, dass das Parlament die Motion V2204 noch nicht abgeschrieben hat. Der Gemeinderat wird dem Parlament daher an der Parlamentssitzung von August einen Antrag auf Fristverlängerung vorlegen. Er schlägt eine Verlängerung um ein Jahr vor.
- Der Gemeinderat ist bereit, einen GO-Artikel "Ausgeglichener Finanzhaushalt" auszuarbeiten, welcher sich aus dem Inhalt der parlamentarischen Initiative und der Stellungnahme des Gemeinderats ableitet. Er ist bereit, dies im Austausch mit der FIKO zu machen. Hierzu kann ein erster Vorschlag des Gemeinderats als Gesprächsgrundlage dienen. Er kann sich vorstellen, dass die FIKO diesen berät und eine Rückmeldung an den Gemeinderat macht. Der Gemeinderat möchte sich aber an die Gewaltentrennung halten. Das bedeutet: Die Ausarbeitung obliegt dem Gemeinderat, die FIKO kann den Artikel beraten und Rückmeldungen machen, das Parlament kann Anträge stellen und entscheidet abschliessend, ob und wie der Artikel der Stimmbevölkerung vorgelegt werden soll.

Köniz 26.06.2024
Der Gemeinderat